

**„In den Jahren 1939—1942
wurden vom ehemaligen Aspangbahnhof
zehntausende österreichische Juden
in Vernichtungslager transportiert
und kehrten nicht mehr zurück“**

Niemals vergessen!

Nie wieder Faschismus!

**Mahnwache und Kundgebung
Sonntag, 9. November 2014, 15 Uhr**

**Gedenkstein vor dem ehemaligen
Aspangbahnhof (Platz der Opfer der
Deportation, 1030 Wien)**

Zu dieser Kundgebung rufen auf:

Abg. z. NR a. D. Karl Öllinger; Abg. z. NR Albert Steinhauser; Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG); ARGE Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; BR Susanne Empacher – Kommunistische Partei Landstraße; Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en; Deserteurs- und Flüchtlingsberatung; Die Grünen Landstraße; Die Grünen Wien; Doron Rabinovici (Republikanischer Club); Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB); Grüner Klub im Rathaus; Infoladen Wels; Initiative Aspangbahnhof; Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG Wien); Kommunistische Partei Österreichs – Wien (KPÖ-Wien); KZ-Verband/VdA Bundesverband; Landesverband NÖ KZ-Verband/VdA; Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ); Niki Kunrath – Die Grünen Wien; Österreichische KZ-Vereinigung Buchenwald; Peter Menasse – Chefredakteur „Nu“; Pierre Ramus Gesellschaft; Prof. Rudolf Gelbard; Redaktion „Akin“; Republikanischer Club Wien – Neues Österreich; Romano Centro – Verein für Roma; Sozialistische Jugend Wien (SJ-Wien); Sozialistische LinksPartei (SLP); SPÖ – Bezirksorganisation Landstraße; SPÖ – Klub im Wiener Rathaus; SPÖ – Sektion Eurogate; Stv. BV Eva Lachkovics – Die Grünen Landstraße; Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee Burgenland; Verein GEDENKDIENTST; Verein Internationaler Zivildienst; Verein Steine des Gedenkens für die Opfer der Shoa; Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS)



Niemals vergessen!

Woran gedenken wir am 9. November?

Schon in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938, also anlässlich des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Österreich, begannen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden in Österreich. Viele wurden von SA- und HJ-Leuten wie von „einfachen“ Parteimitgliedern, die sich ihre Hakenkreuzbinden und Orden angeheftet haben, verhaftet, geschlagen und öffentlich gedemütigt. Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Juden und Jüdinnen wurden gezwungen Parolen, welche Anhänger des austrofaschis-



Der Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspangbahnhof

tischen Bundeskanzlers Schuschnigg am Vorabend des „Anschlusses“ auf Wände und Gehsteige geschrieben haben mit Reib- und Zahnbürsten gewaschen. Wiewohl mancher der Schaulustigen ihre Bekannten und FreundInnen unter den Gedemütigten erkannt haben mußte, hat niemand den Mut aufgebracht zu protestieren – was zu diesem Zeitpunkt sowohl möglich als auch sinnvoll hätte sein können. Mit diesen Erniedrigungen begann die systematische Diskriminierung der österreichischen Juden und Jüdinnen. Umso heftiger als im „Altreich“, weil in Österreich die Entwicklung, die in Deutschland fünf Jahre gedauert hatte, in kürzester Zeit über die Betroffenen hereingebrochen ist.

Etwa 200.000 ÖsterreicherInnen wurden nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ zu „Juden“ erklärt, wobei etwa 180.000 von ihnen tatsächlich der jüdischen Religion angehörten. Die Nazis begannen mit Berufsverboten und Ausbildungsbeschränkungen, Juden und Jüdinnen wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das erste Ziel war es, die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Dann sollte ihr die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen und nicht zuletzt: gleich ob Arm,

ob Reich, ihr gesamtes Vermögen geraubt werden und dieses zumindest nach Willen der Nazi-Granden in die Kassen des „Dritten Reiches“ fließen – obwohl sich auch manch anderer dabei „bedient“ hatte.

Adolf Eichmann, ein strebsamer Biedermann im Dienste des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, wurde nach Wien beordert, um die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aufzubauen. „Auswanderung“ hieß die Beschönigung für das Vorhaben der Nazis, möglichst viele Jüdinnen und Juden aus Österreich zu vertreiben. Doch davor sollte sichergestellt werden, daß diese nicht mehr als die notwendigsten Habseligkeiten mit sich nehmen konnten, der gesamte übrige Besitz wurde beschlagnahmt.

Trotz des stetig zunehmenden Terrors durch die Nazis konnten und wollten viele die Heimat nicht Hals über Kopf verlassen. Besonders älteren Menschen fiel das schwer.

Die führenden Nazis hatten schon lange auf einen Anlaß gewartet, die JüdInnenverfolgung zu verschärfen. Sie brauchten einen Vorwand, mit dem sie diese v. a. auch gegenüber dem Ausland rechtfertigen und gegenüber der eigenen Bevölkerung die Akzeptanz dafür erhöhen konnten.

Der 9. November 1938 – die Bedeutung des Novemberpogroms

Der 17-jährige Herschel Grynszpan schoß am 7. November in Paris als Protest gegen die JüdInnenverfolgung auf den deutschen Diplomaten Ernst v. Rath, nachdem seine Eltern und Geschwister aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren. Nachdem Rath kurz später starb, organisierte Joseph Goebbels am 9. November 1938 eine reichsweite Aktion gegen die jüdische Bevölkerung, welche als „spontaner Ausbruch des Volkszorns“ getarnt wurde.

Diese Aktion wurde wegen der gelegten Feuer, welche sich in den zerbrochenen Fensterscheiben wie „Kristalle“ spiegelten beschönigend „Reichskristallnacht“ genannt. Diese Nacht dauerte tatsächlich mehrere Tage und Nächte. Nun wurden tausende jüdische Wohnungen und Geschäfte geplündert, zerstört und „arisiert“. 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt und verwüstet. Nicht nur in Wien, auch in den kleineren österreichischen Städten wie Innsbruck kam es zu blutigen Übergriffen. Zahlreiche Menschen starben in Österreich während des und nach dem Novemberpogrom an den Folgen der Mißhandlungen oder nahmen sich aus Verzweiflung das Leben.

6547 Juden wurden in Wien im Zuge des Novemberpogroms verhaftet, 3700 davon ins KZ Dachau deportiert. Und: Die jüdische Bevölkerung

wurde dazu verpflichtet für alle Schäden des gegen sie gerichteten Pogroms aufzukommen!

Das Novemberpogrom war der entscheidende Schritt, die begonnenen Entrechtungs- und Beraubungsmaßnahmen gegen Juden und Jüdinnen zu vollenden. Es war aber auch eine Art „Testlauf“ der Nazis, wieviel JüdInnenverfolgung der Bevölkerung zuzumuten sei, ohne daß es zu nennenswertem Widerstand dagegen kommt.

Der Aspangbahnhof

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann offiziell der 2. Weltkrieg in Europa. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch etwa 70.000 Jüdinnen und Juden in Wien. Alle verbliebenen österreichischen Jüdinnen und Juden waren mittlerweile nach Wien geschickt worden. Dort lebten sie zusammengepfercht in Sammelwohnungen und -lager, unter schlechten Bedingungen und schlecht versorgt. Sie wurden registriert und mußten ab September 1941 einen gelben Davidstern tragen, wie auch die noch von Jüdinnen und Juden bewohnten Wohnungen mit einem solchen gekennzeichnet wurden, um den Behörden die Verfolgung bzw. Aushebung für die Deportationen zu erleichtern.

Die ersten Deportationen sollten noch dem zumindest vorgeblichen Ziel dienen, deutsche bzw. österreichische Jüdinnen und Juden in einem „Judenreservat“ in Polen anzusiedeln. Dieser Plan wurde aber nie verwirklicht.

Im Frühjahr 1941 forderte der neue Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, die Deportationen wieder aufzunehmen, um die verbliebenen jüdischen Wohnungen „freimachen“ zu können. Juden und Jüdinnen wurden erfaßt und registriert und in der Folge Listen für die Deportationen zusammengestellt.

Die Deportationen erfolgten vom Aspangbahnhof. Diese wurden zuerst mit normalen Personenwaggons der 3. Klasse, später dann mit Viehwaggons, durchgeführt und „nur“ von normaler Polizei bewacht, nicht von der SS. Zum einen wollten die Nazis wohl die Illusion einer „Auswanderung“ für die Betroffenen und die beobachtende Bevölkerung aufrechterhalten, zum andern rechneten sie nicht mit nennenswertem Widerstand durch die Betroffenen, weil viele der aus Wien Deportierten ältere Menschen bzw. Frauen waren. Die Opfer der ersten Deportationen im Jahr 1941 wurden auf die Ghettos im besetzten Rest-Polen aufgeteilt. Arbeitsfähige kamen meist in die Zwangsarbeitslager der SS. Die meisten dieser am Anfang 1941 Deportierten sollten im Frühjahr und Sommer 1942 „Auskämmaktionen“ der SS zum Opfer fallen oder wurden zusammen mit den polnischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager gebracht. Tausende österreichische Juden und Jüdinnen wurden in Lagern wie Maly Trostinez massenhaft erschossen oder in Gaswagen ermordet.

Später führten die Deportationszüge vom Aspangbahnhof in das Ghetto Theresienstadt in der Nähe



von Prag, von wo aus die Züge Richtung Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Auschwitz bzw. Auschwitz/Birkenau gingen, welche mittlerweile schon mit riesigen Gaskammern ausgestattet waren. Mit dem Zweck möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit und – für die Mörder – möglichst „schonend“ umzubringen.

Unterdessen wurden auch österreichische Roma und Sinti (sie wurden zuerst als „Asoziale“, später als „Zigeuner“ verfolgt) von der Kriminalpolizei bzw. Gestapo beraubt und in den Lagern Lackenbach/Burgenland, Maxglan/Salzburg und St. Pantaleon/OÖ interniert. Sie wurden immer wieder zu Zwangsarbeit herangezogen. Etwa 5000 Roma und Sinti, in der Regel ganze Familien, wurden 1941 in das Ghetto Lodz deportiert und letztlich im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmo ermordet. Ein großer Teil der verbliebenen Roma und Sinti aus Österreich wurde nach Auschwitz/Birkenau gebracht und ermordet, nur wenige überlebten. Bei der Befreiung des Lagers Lackenbach durch die Rote Armee waren dort noch höchstens 400 Häftlinge.

Nach 40 großen und vielen kleineren Transporten aus Wien lebten von 200.000 österreichischen Jüdinnen und Juden 1945 noch etwa 5000 in Wien. Sogar noch in den letzten Tagen der Kämpfe um Wien verübte eine SS-Einheit ein Massaker an neun hier verbliebenen Juden.

15 bis 20.000 österreichische Jüdinnen und Juden, welche sich nach der Flucht in die Tschechoslowakei, nach Belgien und Frankreich schon in Sicherheit geglaubt haben, fielen nach der Eroberung dieser Länder durch die deutsche Wehrmacht ihren Mördern in die Hände.

6 Millionen europäische Juden und Jüdinnen sind der Shoa, auch „Holocaust“ genannt, zum Opfer gefallen, mindestens 65.500 davon stammten aus Österreich. Diese Zahl ist eine Mindestzahl, da viele Ermordete namenlos oder auch „staatenlos“ waren und deshalb nicht als österreichische StaatsbürgerInnen erfasst wurden. Von den 11 bis 12.000 österreichischen „Zigeunern“ wurden zwischen 1938 und 1945 schätzungsweise 9500 ermordet, etwa 2000 überlebten die Deportationen. Zudem sind zigtausende „Erbkranke“ (Behinderte), „Asoziale“, ZeugInnen Jehovas, ZwangsarbeiterInnen, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, Homosexuelle, Kriminelle und politische GegnerInnen bzw. WiderstandskämpferInnen aus Österreich der Mordmaschinerie der Nazis zum Opfer gefallen.

Gedanken zum Gedenken an die Novemberpogrome am ehemaligen Aspangbahnhof

Seit vielen Jahren organisiert die Initiative Aspangbahnhof mit unermüdlichem Engagement eine Mahn- und Gedenkkundgebung anlässlich des Jahrestages des Novemberpogroms 1938. Jährlich rufen viele Organisationen aber auch Privatpersonen zu dieser Veranstaltung auf und einige sind ebenfalls mit Redebeiträgen vor Ort vertreten. Die Bedeutung der Arbeit der Initiative Aspangbahnhof ist vor dem Hintergrund, dass der 9. November kein offizieller Gedenktag in Österreich ist, umso größer. Es gilt die Frage zu stellen, warum nicht auch das offizielle Österreich diesen Tag mit einer Gedenkfeier an die Opfer des Novemberpogroms begeht? Ein offizieller Gedenktag würde verlangen, dass an den in der österreichischen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus erinnert und dass die heutigen antisemitischen Tendenzen thematisiert werden.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten die Nationalsozialisten zahlreiche Synagogen in ganz Wien nieder. Viele Geschäfte und Wohnungen, die im Besitz von Menschen waren, die von den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten als Jüdinnen und Juden definiert wurden, wurden geplündert und zerstört. 6547 Juden wurden in Wien verhaftet, 3700 davon in das Konzentrationslager Dachau deportiert.

Es gibt mehrere Gründe, den 9. November als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus stärker im Stadtgedächtnis zu verankern. Der ausschlaggebendste Grund ist wohl, dass der Novemberpogrom kein Verbrechen war, das an einem weit entfernten Ort, wie etwa Auschwitz, begangen wurde. Diese Verbrechen fanden hier in Wien statt. Niemand kann sagen, nichts davon gewusst oder gesehen zu haben. Die damalige Gesellschaft hat in den meisten Fällen widerstandslos den Verbrechen an ihren jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn zugesehen. Viele haben auch bereitwillig an den

Schikanen, Plünderungen und Zerstörungen mitgewirkt. Gleichgültigkeit gegenüber ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie das bewusste Wegschauen waren ebenso gängige Reaktionen.

Antisemitismus war und ist in der österreichischen Gesellschaft stark verwurzelt. Ressentiments, Ablehnung und Hass gegenüber der jüdischen Bevölkerung gab es lange vor dem Nationalsozialismus. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 wurde die Gewaltbereitschaft der nicht-jüdischen Bevölkerung gegenüber ihren jüdischen NachbarInnen sichtbar. Stille Zeugen davon sind die Fotoaufnahmen „straßenwaschender“ Jüdinnen und Juden in den Märztagen 1938. Diese niederträchtige Demütigung, die vielerorts in Wien zu sehen war, ging in den meisten Fällen auf die Initiative von eifrigen österreichischen Nazis zurück, die dazu nicht erst von der Parteiführung aufgefordert werden mussten.

Die Auseinandersetzung mit der Ermordung von über 65.000 österreichischen Juden und Jüdinnen darf dementsprechend nicht erst mit Auschwitz beginnen, sondern muss an Erinnerungsorten in unserem heutigen Lebensumfeld anknüpfen. Einer dieser für die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung zentralen Schauplätze in Wien ist der ehemalige Aspangbahnhof. Von hier wurden in den Jahren 1939 bis 1942 zehntausende Menschen, die von den Nationalsozialisten als Jüdinnen und Juden definiert wurden, in die Vernichtungslager im besetzten Polen und im heutigen Weißrussland deportiert und dort in den meisten Fällen unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet. Der Holocaust hat nicht erst in Auschwitz oder in anderen Vernichtungslagern begonnen. Der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden ging eine schrittweise Entrechtung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung voraus. Diese Radikalisierung geschah inmitten der damaligen Gesellschaft.

Zudem ist es von zentraler Bedeutung, die nationalsozialistischen Verbrechen nicht als „Naturkatastrophe“ erscheinen zu lassen, sondern als Verbrechen, die Menschen an anderen Menschen verübt haben. Die Geschichte der Opfer kann nicht erzählt werden ohne ihre MörderInnen zu benennen und die Umstände ihres Todes zu beleuchten. Es gilt, die Motive und Ideologien, die hinter den Taten der TäterInnen standen, zu verstehen, um diesen, wann immer sie heute auftauchen, entschieden entgegentreten zu können.

Ideologische und weltanschauliche Konzepte wie Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus sind nach der Befreiung Österreichs durch die Alliierten keineswegs aus den Köpfen der Bevölkerung verschwunden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen europäischen Staaten, war insbesondere in den letzten Jahren ein Erstarren der extremen Rechten zu beobachten. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und steigender Armut ist unseres Erachtens die Gefahr besonders groß, dass rechts-extreme Parteien wieder an Zulauf gewinnen. Umso dringlicher scheint es daher, dieser Entwicklung offen und entschieden entgegenzutreten.

Die Aufforderung *Niemals vergessen!* muss stetig mit der Verpflichtung einhergehen, die aktuellen politischen Geschehnisse und Entscheidungen kritisch zu betrachten und zu hinterfragen. Wir sind verpflichtet – wenn immer es nötig ist – ein starkes zivilgesellschaftliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Ausgrenzung zu setzen. Ein friedlicher antifaschistischer Protest aus der Zivilgesellschaft ist vor allem dann notwendig, wenn das offizielle Österreich nicht entschieden gegen das Erstarren von rechtsextremen Tendenzen auftritt.

Isabella Riedl
Geschäftsführerin
Verein GEDENKDIENTST